



SCHWEIZ·KONSUM-VEREIN

ORGAN DES VERBANDES SCHWEIZ·KONSUMVEREINE (V·S·K)



REDAKTION UND ADMINISTRATION : BASEL, THIERSTEINERALLEE 14
DRUCK UND VERLAG : VERBAND SCHWEIZ·KONSUMVEREINE (V·S·K)

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt

Angebot.

Mädchen, 25 Jahre alt, sucht Stelle in einen Laden, Konsum oder Genossenschaft, wo sie den Ladenservice lernen und eventuell auch im Haushalt mithelfen könnte. Offerten an R. Colonello, Safenwil (Aarg.).

Gesucht für junges, intelligentes Mädchen der Welschschweiz, mit zweijähriger Sekundarschulbildung, Stelle in Konsumverein als **Volontärin**. Eintritt nach Uebereinkunft. Offerten beliebe man an Paul Grosclaude, Verwalter der Coopérative „L'Emancipatrice“ in Fleurier (Neuch.) zu richten.

Jüngere, seriöse Witwe, die den Ladenservice erlernt hat, sucht selbständigen Posten als **Filialeleiterin**, mit kleiner Wohnung, am liebsten aufs Land. Kautions kann geleistet werden. Kenntnisse der franz. Sprache. Offerten unter Chiffre J. R. 315 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Tochter, aus guter Familie, bis jetzt im Hotelfach tätig, früher vier Jahre in Manufakturwarengeschäft, wünscht **Anfangsstelle** in Konsum. Offerten erbeten unter Chiffre F. A. postlagernd, Lenk, i. Simmenthal.

Ehepaar, Anfangs 30er Jahre, sucht auf 1. Dezember oder später eine **Filiale** oder Depot zu übernehmen. Bisheriger Stand: Lebensmittelhandlung und Wirtschaft. Kautions kann geleistet werden. Offerten unter Chiffre A. H. 318 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Kautionsfähige, junge Witwe sucht Volontärstelle in Konsum behufs späterer Uebernahme eines solchen. Offerten unter Chiffre E. E. 317 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Für die Hygiene der Zähne

brauchen Sie

Zahnpulver CO-OP

Wissenswertes für das Ladenpersonal der Konsumvereine

Von E. Schwarz.

2. Auflage. 94 Seiten broschiert Fr. 2.—.

Diese bereits in grosser Anzahl verbreitete Schrift gehört in die Hand eines jeden Konsumvereins-Angestellten der den Ladendienst besorgt. Viele Vereine bezogen, je nach ihrer Grösse, 10, 20 und 50 Exemplare. In Partien billiger.

Auch in französischer Sprache zu haben.

Verlag des V. S. K., Basel

Die Schweiz. Volksfürsorge

Volksversicherung auf Gegenseitigkeit

bietet Gelegenheit zum Abschluss von

Lebensversicherungen

die fällig werden in einem gewissen Alter oder bei früherem Ableben und zwar:

nach Tarif 1, mit ärztlicher Untersuchung,

nach Tarif 1¹, mit ärztlicher Untersuchung und mit Abschluss des **Invaliditätsrisikos**,

nach Tarif 2, ohne ärztliche Untersuchung. Nach Tarif 2 können auch **Kinder** schon vom 1. Lebenstage an aufgenommen werden.

Verlangen Sie Prospekte und Auskunft bei den Verwaltungen der Konsumvereine, bei den Vermittlern oder bei der Zentralverwaltung der Volksfürsorge, Tellstrasse 58, in Basel

SCHWEIZ · KONSUM-VEREIN

ORGAN DES VERBANDES SCHWEIZ · KONSUMVEREINE (V. S. K.)

XXII. Jahrgang

Basel, den 25. November 1922

No. 47

Wöchentlich erscheint eine Nummer von 8—12 Seiten Text.

Abonnementspreis: Fr. 13.— per Jahr, Fr. 6.50 per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 18.— per Jahr.

..... Redaktion: Dr. Henry Faucherre.

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär.

Inhalts-Verzeichnis:

Führende Gedanken. — Erschwerung der genossenschaftlichen Produktion. — Eine neue Art von Genossenschaftstreue. — Aus einem englischen Konsumverein. — **Volkswirtschaft:** Wirtschaftlicher Wochenbericht. — **Kreiskonferenzen:** Kreis VIII. — **Bewegung des Auslandes:** Deutschland: Genossenschaften und Staatskredit. Grossbritannien: Ein Herzog als Gönner und Protektor der Genossenschaftsbewegung. — **Verbandsnachrichten.** — **Aus unserer Bewegung:** Grabs. — **Feuilleton:** Sinn und Bedeutung der Genossenschaftsbewegung.

Führende Gedanken.

Die Völker legitimieren sich durch ihre Arbeit.

In jedem Volke schlummert die Ahnung, dass es mit eigenartigen, ihm allein zugehörenden Formen und Ergebnissen der Arbeit sich als persönlich ausweisen müsse im Kreise der Nationen.

... Faule Völker werden hinweggearbeitet von den fleissigeren, sie verschwinden auch ohne Gewalttat, denn sie können ihre Persönlichkeit nicht behaupten. Die Geschichte der Völkerwanderung zeigt uns mehrfach das Beispiel, dass siegreiche Barbarenstämme sich unter einem besiegten Kulturvolke niederliessen und vollständig von demselben aufgesogen wurden. Die Sieger verloren ihr Volkstum, es wurde hinweggearbeitet von den Besiegten, und der bloss in der Kriegsarbeit, nicht aber in der höheren Friedensarbeit gewaltige Stamm versinkt spurlos, als hätte ihn die Erde verschlungen.

W. H. Riehl.

Erschwerung der genossenschaftlichen Produktion.

Wenn die Gegner der Konsumvereine so oft als möglich mit der Behauptung kommen, die Konsumvereinsbewegung habe sich als ein Fehlschlag erwiesen, so hat das nicht viel auf sich. Anders verhält es sich aber, wenn von Freundesseite etwas getan wird, das jene gegnerischen Redensarten als zutreffend erscheinen lässt. Ein solches, dem Gegner nützliches Verhalten hat wieder einmal ein Kreis von Personen an den Tag gelegt, der der Konsumvereins-

bewegung deshalb am nächsten steht, weil er in ihr die Berufsarbeit ausübt und den Lebensunterhalt gewinnt: die Arbeiterschaft in unserer Verbands-Schuhfabrik. Wie den Lesern unseres Organs bekannt sein kann, wurde die Leistung von Ueberzeitarbeit, die sich für einige Zeit auf wöchentlich fünf bezahlte Stunden erstrecken sollte, abgelehnt. Damit ist eine erfreuliche Erscheinung — die Ueberbeschäftigung der Fabrik — in eine bedenkliche Angelegenheit verwandelt worden, und zwar würde das Bedenkliche auch dann vorhanden sein, wenn diese Genossenschaftsfabrik nicht jahrelang unter Absatzstockungen gelitten hätte. Wir betrachten diese Ueberzeitarbeitsverweigerung nicht unter dem Gesichtswinkel, der in diesem Falle Undankbarkeit heissen müsste, weil damit der Hauptpunkt der Frage beiseite bliebe, ganz abgesehen davon, dass fortgesetzte Beobachtungen uns nicht vom Vorhandensein eines Dankbarkeitsgefühls, das in derartigen Fällen zu einem gerechten Entschlusse führen müsste, überzeugen konnten.

Wir bleiben bei der Sache und nehmen demgemäss an, dass die moralische Verantwortung für die Achtundvierzigstundenwoche zur Verweigerung von Ueberzeitarbeit führte. Nun würde es aber des Ernstes entbehren, wenn jemand behaupten wollte, in der Schuhfabrik des V. S. K. sei es auf das dauernde Verlassen der bisherigen Arbeitszeit von wöchentlich 48 Stunden und auf ein immerwährendes Hinaufgehen auf 52 Stunden abgesehen. Es handelt sich somit bei der Verweigerung der Ueberstunden um eine grundlose Demonstration für das Prinzip der heute als normal erachteten Arbeitszeit. Eine Berechtigung für sein Verhalten vermag das Personal der Schuhfabrik auch nicht darzutun, wenn es die Neuanstellung von Arbeitskräften empfiehlt. Ein Gewerkschaftsprinzip stand hier so wenig in Frage als eine Solidaritätspflicht, dagegen handelte es sich darum, einen genossenschaftlichen Betrieb in die Lage zu versetzen, seiner momentanen Aufgabe zu genügen und ihm den Beweis für seine Leistungsfähigkeit zu ermöglichen. Denn von solcher Beweisführung hängt es ab, ob die

genossenschaftliche Produktion einmal eine bedeutende oder gar massgebende Rolle im Wirtschaftsleben zu spielen vermag.

Wenn eine zeitweise stärkere Anspannung der Kräfte im genossenschaftlichen Betriebe schon als eine Opferleistung angesehen und verweigert wird, dies sogar bei der Tatsache, dass man in den Betrieben der kapitalistischen Konkurrenz solchen Anforderungen ohne eigentlichen Widerstand Folge leistet, dann sind alle Hoffnungen auf eine genossenschaftliche Wirtschaftsweise verspielt.

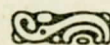
Die in den letzten Jahren gemachten Beobachtungen und gewonnenen Erfahrungen hinsichtlich der vielbegehrten Gemeinwirtschaft können uns nicht im Unklaren lassen, wie viel aufopferungsfähiger die Menschen werden müssten, wenn in dieser Richtung grössere Erfolge erzielt werden wollten. Und das wissen wir auch: die Genossenschaften sind die gegebenen Vorschulen und vermutlich das Dauergebiet für das Vollbringen gemeinwirtschaftlicher Aufgaben. Es liegt demnach bei dem Personal der Genossenschaftsbetriebe, nichts zu tun, was diese lähmen, und nichts zu unterlassen, was sie fördern kann. Dabei fällt es niemandem ein, von demselben Personal Unmögliches zu verlangen. Was in dieser Hinsicht in unsern Verhältnissen erforderlich werden kann, wird lange nicht an das heranreichen, was in einigen Ländern z. B. die Bergarbeiter leisten mussten, weil es von ihren Ueberschichten abhing, ob ein Volk sein Dasein etwas leichter tragen konnte. Oder erinnern wir uns der seinerzeit viel erwähnten Opferarbeit in Russland, die vielleicht mehr durch ihren moralischen Schein, als durch ihre materiellen Ergebnisse nützlich war. Da wäre eine bezahlte Arbeitsstunde in unserer Schuhfabrik wohl kaum so beschwerlich. Der Genossenschaftssache, als deren erhabenste Seite ja vielfach die Warenerzeugung angesehen wird, würde durch die willige Erfüllung solcher Notwendigkeiten durch das Personal nicht nur eine materielle, sondern eine moralische Förderung zu teil. Kann es dem Personal eines Genossenschaftsbetriebes wohl sein, wenn es durch sein Verhalten den Betriebsbedürfnissen entgegenarbeitet und dafür den frohen Beifall der Genossenschaftsgegner findet? Und dann noch eine andere, eine Doppelfrage: kann es dem Personal gleichgültig sein, ob es Veranlassung ist, dass an die Vermehrung genossenschaftlicher Eigenproduktion nicht gedacht werden darf, oder will es sich nicht vielmehr freuen, durch die Hingabe an den Betrieb den Ansporn zur Errichtung neuer Betriebe gegeben zu haben?

Vielleicht kommt wieder die Auslegung, die auch schon gegeben wurde: Genossenschaftsbetrieb hin, Genossenschaftsbetrieb her, wir arbeiten um unsern Lohn und schützen unsere Interessen, Arbeit hier im Genossenschaftsbetrieb ist Lohnfron wie dort im kapitalistischen Betrieb. An einer solchen Mentalität muss natürlich jeder Belehrungsversuch über die ganz andere Wesenheit des Arbeitsverhältnisses in der Genossenschaft abprallen. Was dabei zum Erstaunen zwingt, ist, dass solche Entgegnungen im Namen des Sozialismus gemacht werden. Man hat alles Recht, einen so falsch verstandenen Sozialismus mit Bedauern zu beurteilen. Wenn oberflächliche Gedankengänge zu der Auffassung gelangten, dass im Reiche des Sozialismus nicht mehr von «oben», sondern von «unten» befohlen werde, so wird man diesen Rollentausch, in welche Hochgefühle der Gedanke hieran den Menschen auch versetzen könnte, ganz einfach deshalb ablehnen müs-

sen, weil das Wirken im Sozialismus nicht in einem Befehlen bestehen kann, sondern einzig und allein in einem Dienen aller. Es könnte dann erforderlich werden, dass in einzelnen Momenten mehr als eine Ueberstunde geleistet werden müsste.

Nun stehen wir aber noch im alten Reiche des Kapitalismus und sammeln Menschen, die mit Willen an der Aufgabe mitwirken, dem kapitalistischen das gemeinwirtschaftliche System entgegenzusetzen. Die Genossenschaftsbewegung erweist sich als moralische und wirkliche Kraft zur Erreichung dieses Zweckes; sie kann Tausenden den Auftrag erteilen, die Warenvermittlung und Warenerzeugung durchzuführen, sie will ihren Arbeitenden Besseres bieten, als es den Arbeitenden in den kapitalistischen Betrieben gewährt wird, aber ein Teil dieses unbestreitbar mit vorteilhaftern Arbeitsbedingungen bedachten Personals versteift sich auf Normen und ist bei erhöhten Betriebsbedürfnissen nicht willig, ein Weiteres auf sich zu nehmen. In Schönenwerd würde man leisten, was in der Schuhfabrik des V. S. K. in Basel versagt wird.

Der Unterschied zwischen Schönenwerd und Basel liegt so klar vor aller Augen, dass man doch erwarten darf, er werde eine jetzt noch irregehende Denkweise doch auf den Punkt hinleiten, der Erkenntnis heisst für die Pflichten, welche die Arbeitenden in den Genossenschaftsbetrieben auf sich nehmen sollten, und fernerhin auf sich nehmen müssen, damit die genossenschaftliche Warenerzeugung ihre Weiterentwicklung finden kann.



Eine neue Art von Genossenschaftstreue

lernen uns 56 Angestellte der Schuhfabrik des V. S. K. in Basel. Diese Diener unserer Bewegung verweigern es, vorübergehend und unter Entschädigung, in eine unbedeutende Verlängerung der Arbeitszeit einzuwilligen, die lediglich zum Zweck haben sollte, die Eigenproduktion unserer Grosseinkaufszentrale (in diesem Falle die Schuhfabrikation des V. S. K.) zu heben. Solches entnehmen wir den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 14. November 1922. Dies ist der Dank an die Behörden des V. S. K. für die getroffenen Massnahmen, auch während der Krisenzeit den in der Schuhfabrik beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen soweit entgegenzukommen, dass Entlassungen und Lohnreduktionen unterlassen wurden. Während also die leitenden Organe des V. S. K. den Beweis erbracht haben, von welchem Geiste die verantwortlichen Führer eines genossenschaftlichen Betriebes beseelt sein sollen, erbringen uns 56 Genossenschaftsangestellte den Beweis, wie sie sich die Dienstleistungen gegenüber der gesamten schweizerischen Genossenschaftsfamilie vorstellen.

Dieses Vorgehen passt nicht gerade gut in die gegenwärtige Zeit, wo Konsumverwaltungen und -Vereinsvorstände in ihrem Schosse die «Richtlinien zur weiteren Entwicklung der Genossenschaftsbewegung» zum Gegenstand einlässlichen Studiums machen. Die Tatsache, vor der wir heute wieder stehen und die eine nicht geringe Ähnlichkeit hat mit der am 13. Oktober 1920 in Pratteln vorgefallenen Arbeitseinstellung, führt uns wieder einmal mehr krass vor Augen, mit welcher Rücksichtslosigkeit Genossenschaftsangestellte unserer Bewegung den Rad-

schuh auf den Weg legen und uns moralisch unberechenbaren Schaden zufügen.

Im Vorstande des Vereins, dem Schreiber dies als Verwalter vorsteht, wurde es als skandalös bezeichnet, eine Anfrage der Verwaltungskommission mit einem solchen Abstimmungsresultate zu beantworten. Nicht nur gegen die 56 Gegner der vorübergehenden Arbeitszeitverlängerung richtet sich unsere Anklage, nein, auch gegen die grosse Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrik, die nicht den Mut aufbrachten, durch ihre Haltung uns zu zeigen, dass ihnen die Pflichten eines Genossenschaftsangestellten nicht unbekannt sind. Nicht umsonst wurde an verschiedenen Kreiskonferenzen des Herbstes 1920, nach der Pratteler Arbeitsniederlegung, die Verwaltungskommission aufgefordert, strenge Massnahmen gegen solche Schädlinge in unserer Bewegung zu ergreifen. Wie damals, so erleidet auch heute wieder das Ansehen des Personals des V. S. K. grossen Schaden.

Da die Kreisversammlungen dieses Herbstes bereits hinter uns liegen, können sich die Regionalverbände mit der Angelegenheit nicht mehr befassen. Dessen ungeachtet ist anzunehmen, dass die gesamte schweizerische Konsumentenschaft das Vorgehen des Personals der Schuhfabrik scharf verurteilt. Sollte der Beschluss auf Verweigerung einer vorübergehenden Arbeitszeitverlängerung unter dem Drucke von dem Verbands fernstehenden Arbeiterorganisationen erfolgt sein, so ist gegen solche Führer, die den Interessen der gesamten Arbeiterbewegung schwer schaden, scharfe Anklage zu erheben. Statt den Arbeitsbedingungen unserer Etablissements als vorbildlich Erwähnung zu tun, geben solche Arbeiterführer nach aussen den Anschein, als ob die Arbeiter von genossenschaftlichen Etablissements, gleich den Privatbetrieben, nur durch Kampfmethoden wie in diesen, zu den Arbeitsbedingungen gelangt seien, deren sie sich heute erfreuen sollten.

«Dadurch ist der V. S. K. gezwungen, einen grossen Teil der ihm überwiesenen Bestellungen an die privaten Schuhfabriken zu vergeben.» Damit schliesst die Verwaltungskommission des V. S. K. das Communiqué, das sie uns unterbreitet. Davon sollen wir bis zum nächstenmal Notiz nehmen. Unsere Stimme ist zu schwach, um mehr zu erreichen. Sie kann fühlbarer werden, wenn sich der Vorstand eines

Vereins, der wie der unsrige, aus Genossenschaftsinteresse nur Verbandsschuhe bezieht, entschliesst (durch unregelmässiges Eingehen der bestellten Ware in der Marke V. S. K. dazu gezwungen), auch beim Privathandel einzukaufen.

Das Vorkommnis zeigt uns, dass ein ganzer Kreis von Angestellten des Verbandes die elementarsten Grundlagen unserer Bewegung vollständig verkennt. Ein wahrer Genossenschaftler würde sich niemals solche Extravaganzen erlauben. Wir haben fürwahr unsere Kräfte für anderes nötig als zur Bekämpfung solcher Taten. Mit Schmerzen vernimmt jeder Kämpfer für die genossenschaftliche Eigenproduktion solche Vorkommnisse, die uns den Mut nehmen könnten, auf dem grossen Gebiete der genossenschaftlichen Aufgaben tatkräftig zu wirken und bei jeder sich bietenden Gelegenheit dafür einzustehen. Die Delegiertenversammlung des Jahres 1912 in Interlaken, die unter grossem Enthusiasmus die Errichtung einer eigenen Schuhfabrik beschloss, ahnte wohl kaum, bei der genossenschaftlichen Arbeiterschaft so wenig Verständnis zu finden. Wir könnten heute in bezug auf Eigenproduktion viel weiter sein, wenn eben nicht Vorkommnisse wie das erwähnte, die Behörden des V. S. K. zu gewisser Zurückhaltung veranlassen würden. Wieviel Arbeiter, die heute noch zu unwürdigen, schlechten Bedingungen im Dienste des Privatkapitalismus stehen, könnten als Angestellte eines genossenschaftlichen Betriebes ihr Dasein menschenwürdiger fristen. Welche Gefühle müssen solche Genossenschaftler von ihren Kameraden im V. S. K. haben?

«Wenn alle Mitarbeiter, alle Gutgesinnten ohne Selbstsucht, lediglich den Erfolg des Ganzen im Auge behaltend, mit Anspannung aller Kräfte für dieselbe arbeiten, braucht uns um die Zukunft der Genossenschaftsbewegung nicht bange zu sein,» so schliesst die Einleitung zu den Richtlinien zur weiteren Entwicklung der Genossenschaftsbewegung, wie aus den Verhandlungen des Aufsichtsrates des V. S. K. vom 17. Dezember 1921 hervorgeht.

Diesen Schlusssatz wollen wir unterstreichen. Wir haben Mitarbeiter und Kämpfer nötig, die ohne Selbstsucht und fern von jedem Egoismus, sich in den Dienst unserer Sache stellen. Fort mit denen, die sich mit dem nicht abfinden können, für sie ist kein Platz in unserer Bewegung!

-a-

Sinn und Bedeutung der Genossenschaftsbewegung.

Von Professor Dr. Werner Sombart.

(Fortsetzung und Schluss.)

Worin liegt nun aber die zweifellos ganz überragend grosse Bedeutung dieser Bildungen, die wir Genossenschaften nennen?

Wir müssen in dieser Frage zwei scharf von einander zu trennende Bestandteile unterscheiden. Das Wort «Bedeutung» ist zweideutig. Es kann einerseits einen empirisch sich durch seinen Umfang und seine Wirkungen bemerkbar machenden Tatbestand bezeichnen, wie wir von der Bedeutung der ansteckenden Krankheiten sprechen; anderseits eine unter irgendwelchem Wertgesichtspunkt wertvolle Erscheinung, wie wir von der Bedeutung der Hygiene zur Verhütung ansteckender Krankheiten sprechen. Man kann jene erste Bedeutung die pragmatische, die zweite die ideelle nennen.

Wir fragen also zunächst: worin liegt die gewaltige pragmatische Bedeutung der Genossenschaften? oder genauer gesprochen: wie erklärt sich die immerfort und rasch anschwellende Zahl der Genossenschaftsbildungen in allen Kulturländern? Worin liegt, so können wir diese Frage auch formulieren, die starke werbende Kraft der Genossenschaftsidee? Was hat ihren grossen «Erfolg» begründet?

Manche Enthusiasten in der Genossenschaftsbewegung werden antworten: die Erhabenheit dieser völkerebeglückenden und völkerbefreienden Idee; der selbstlose Idealismus, der diejenige erfüllt, die für ihre Verwirklichung auf Erden kämpfen; die Hingabe, die Aufopferungsfähigkeit derer, die da mit Gide sprechen: «die Genossenschaft ist nicht nur unsere Fahne, sie ist unser Stern.» Und gewiss hat der Opfermut, hat die Selbstlosigkeit, hat die Begeisterung dieser tapferen Männer, die die Genossenschaftsbewegung ins Leben gerufen, die für sie gewirkt, gekämpft und gelitten haben, viel dazu beigetragen, sie zu solch grossen Erfolgen zu führen.

Aber erklärt sich aus diesem Idealismus einiger weniger die Massenbewegung? Was hat die Massen vermocht, sich der Bewegung anzuschliessen und sie dadurch erst zu dem wichtigen Bestandteil unserer modernen Kultur zu machen? Mich dünkt: das Interesse und nur das Interesse im allerengsten Verstande. Es ist ganz gewiss ein verschwindender Bruchteil unter den Genossenschaftlern, der Mitglied einer Genossenschaft bliebe, wenn er dabei nicht Vorteile, ganz gewöhnliche pekuniäre Vorteile für sich erwartete, wenn er gar Opfer bringen müsste. Dass der Liter Petroleum im Konsumverein ein paar Groschen billiger ist (oder dass am Jahresschlusse «Dividenden» bezahlt werden) bestimmt die Hausfrau, Mitglied des Konsumvereins zu werden; dass er seinen Dünger um ein Paar Mark billiger bezieht, den Bauern, einem Raiffeisenverein beizutreten; dass er überhaupt oder zu vorteilhafteren Bedingungen Geld erhält, den Schuster, sich an einer Kreditgenossenschaft zu beteiligen.

Aus einem englischen Konsumverein.

Die Stadt Bolton in der Grafschaft Lancashire gehört nicht zu den grossen Zentren des Vereinigten Königreiches. Mit rund 200,000 Einwohnern kommt sie an Grösse ungefähr Zürich gleich. Einen wie vortreflichen Boden sie jedoch für genossenschaftliche Bestrebungen abgab, mag daraus ersehen werden, dass der dortige Konsumverein 50,000 Mitglieder zählt und eine Reihe der prächtigsten Gebäude der Stadt sein eigen nennt. Der Verein wurde 1859, nachdem frühere Gründungsversuche fehlgeschlagen hatten, ins Leben gerufen. Die Errichtung der Genossenschaft begegnete damals bei Freunden und Gegnern ganz aussergewöhnlichem Interesse, worüber es in der Jubiläumsgeschichte, welche die bezüglichlichen Erinnerungen eines Pioniers wiedergibt, heisst:

«Ich habe den Tag im Gedächtnis behalten, an welchem der Laden in der Derby-Strasse eröffnet wurde, und erinnere mich der Bestürzung in den Reihen der Privathändler. Eine alte Dame, die in geringer Entfernung einen Kramladen besass, bekam einen Nervenanstoss, als sie die Lichter im neuen Lokal und so viel Leute in das Innere strömen sah.»

Die Entwicklung dieser Genossenschaft vollzog sich in nahezu beständig aufsteigender Linie. Ausser 60 Kolonialwaren-, 30 Schlächtereierwaren- und 12 Schuhwarenläden besitzt der Verein heute eine ganze Anzahl Produktionsunternehmungen, wie ein grosses Schneideratelier, eine Möbeltischlerei, Restaurants, Wäscherei, Bäckerei und Konditorei, eine Molkerei etc. Die Bäckerei versorgt einen grossen Teil der Bevölkerung mit Brot; in der Schuhreparaturwerkstätte werden allwöchentlich 2000 Paar Schuhe repariert. Die Einrichtung der Molkerei datiert in das Jahr 1886 zurück. Das Quantum der den Mitgliedern zugeführten Milch betrug damals einen Waggon täglich; heute ist der Milchkonsum der Mitglieder auf 30 Waggons pro Tag gewachsen.

Die Genossenschaft besitzt drei Landgüter. Sie beschäftigt mehr als 1200 Angestellte. Ihre Reserven belaufen sich auf 7½ Millionen Franken. Sie ist auch Eigentümerin von etwa 80 Eisenbahnwagen, die dem Transport von Kohlen aus den Minendistrikten an ihren Kohlenstapelplatz in Bolton dienen. Die den Mitgliedern vermittelte Kohlenmenge beläuft sich auf 100,000 Tonnen pro Jahr. Die Genossenschaft ver-

fügt auch über eine eigene elektrische Kraftzentrale und ist damit instande, allen Mitgliedern die für Koch- und Beleuchtungszwecke nötige Kraft zu liefern.

Es dürfte bei dieser Prosperität des genossenschaftlichen Unternehmens nicht Wunder nehmen, dass die Führer des gewerblichen Mittelstandes häufig in die Alarmtrompete stiessen. Im Jahre 1895 tagte in Bolton eine Versammlung von Detaillisten zwecks Gründung einer Organisation «zur Bekämpfung des Genossenschaftshandels». Der Präsident der Versammlung erklärte damals in seiner Ansprache: Diese Genossenschaftsbewegung entzieht den Spezieren und Lebensmittelhändlern ihr blühendes Geschäft (prosperous business) und lässt sie zu wahren Skeletten abmagern. Es hat keinen Zweck, zu leugnen, dass in Bolton die Konsumgenossenschaft den grössten Umsatz erzielt. Drei Viertel des Gesamthandels liegt in ihren Händen.»

Ein Jahr später beklagte der Präsident der Händler-Organisation in einer Versammlung der letztern, dass die Handelsgeschäfte in Bolton darniederlägen und dass die Gründe dafür offensichtlich seien. Die Händler befanden sich einer grossen monopolistischen Organisation gegenüber, die den Hauptteil des Warenverkehrs in ihre Gewalt gebracht habe. Es erscheine dem Sprecher so, als ob der Schatten dieser Genossenschaft über der Stadt ausgebreitet liege und er meinte auch, dass die Stadtbehörden einigen Tadel verdienten, insofern, als die Genossenschaft sich rühmen dürfe, eine bessere Bibliothek zu besitzen, als die Stadt selber. Er könne nicht recht begreifen, warum die Stadt in dieser Beziehung hinter einer blossen Wirtschaftsorganisation zurückstehen müsse.

Das Lob, das ungewollterweise in diesem Hinweis ausgesprochen wurde, hatten die Boltoner Genossenschafter durch ihre Aufklärungs- und Erziehungsbestrebungen vollauf verdient. Das für Bildungszwecke errichtete Hauptgebäude mit Bibliothek und Lesesälen, Versammlungs- und Unterhaltungsräumen, gehört zu den schönsten Etablissements der Stadt. Die in feuerfesten Lokalitäten untergebrachte Bibliothek umfasst 30,000 Bände. Im Lesesaal, der 130 Sitzplätze enthält, liegen 140 Zeitungen und Zeitschriften auf. Das Departement für Erziehung und Propaganda organisiert Vorträge und Unterrichtskurse und spendet für diesen Zweck, sowie für

Diese ganz niedrigen Interessen und nichts anderes füllen die Quadres der Genossenschaften. Und das ist nicht etwa eine Schwäche, das ist ihre grösste Stärke. Im Zeitalter des kanaklesken Menschen hat nichts anderes Erfolg, kann nichts anderes Erfolg im Alltagsleben haben als dasjenige, das an die ganz gemeinen Instinkte der ganz gemeinen Menschheit sich richtet. Gerade die höhere Bedeutung, die ideelle Bedeutung der Genossenschaft liegt, wie wir noch sehen werden, in diesem ihrem Interessenrealismus begründet.

Worin haben wir aber die ideelle Bedeutung, also ihren Kulturwert zu erblicken? Wir können es ganz allgemein so ausdrücken:

Die Genossenschaft hat eine aufbauende Kraft, sie ist fruchtbar, sie ist positiv. Worin aber liegt die aufbauende Kraft der Genossenschaft?

Mit einem Worte gesagt: in der Vielseitigkeit ihrer Wirkung, in ihrer Anpassungsfähigkeit an alle Verhältnisse, in der Reichheit ihrer Zielsetzungen und in einer Reihe schöpferischer Gedanken, die sie enthält. Das alles macht sie geeignet, eine wichtige Rolle bei der Ueberführung unserer heutigen Gesellschaft zu höheren Formen zu spielen. Im einzelnen enthält dieses zusammenfassende Urteil folgende Wortbeziehungen:

1. Die Genossenschaft dient dazu, Bauernstand und Handwerk lebenskräftig zu erhalten und damit die Fundamente zu befestigen, auf denen sich jeder gesunde Gesellschaftsbau auch in aller Zukunft nur erheben kann;

2. Die Genossenschaft dient dazu, neben den bestehenden Wirtschaftsformen und über diese hinaus eine wirtschaftliche

Organisation zu ermöglichen, die die Vorteile unserer höchsten Wirtschaftsform — der kapitalistischen — zum guten Teile in sich aufnimmt und empfindliche Mängel des Kapitalismus ausmerzt. Das aber leistet sie durch Anwendung folgender scheinbar so naheliegender Prinzipien:

a) Sie gestaltet die Wirtschaftsgesinnung neu oder — kann man ebensogut sagen — sie bringt vorkapitalistische Wirtschaftsprinzipien wieder zu Ehren. Das sind aber folgende: sie geht von dem aller natürlichen Menschheit selbstverständlichen Gedanken aus, dass die Wirtschaft um der Menschen willen, d. h. um deren Bedarf an Gütern zu decken, da sei; sie schaltet also — und das ist von entscheidender Wichtigkeit — das Zweckprinzip aus, durch dessen Anerkennung die menschliche Wirtschaft auf den Kopf gestellt war, die durch die Annahme des Bedarfsdeckungsprinzips also wieder auf die Füsse gestellt wird;

sie beseitigt gleichermassen das Konkurrenzprinzip und zieht mit der Beseitigung dieser beiden Grundprinzipien, auf denen der Kapitalismus aufgebaut war, die Giftstacheln aus dem volkswirtschaftlichen Körper;

sie greift aber noch weiter umgestaltend in die Wirtschafts- und allgemeiner: die soziale Gesinnung ein, insofern sie den Klassenhass aus den Beziehungen der Wirtschaftenden ausmerzt;

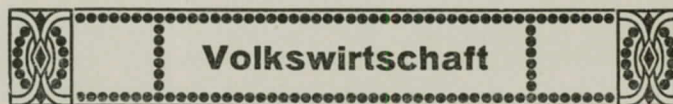
sie tut das alles aber — und das scheint mir die Hauptsache zu sein — ohne die wahrhaft unerlässlichen Triebkräfte des Wirtschaftslebens zu stören (wie es aller Kommunismus tut): die Selbstverantwortlichkeit, das Selbstinteresse, das Ent-

Unterhaltung eines Gesangsvereins, einer Männer- und Frauengilde etc. 75,000 Franken jährlich.

Schon im Jahre 1868 gliederte sich der Verein ein Departement für Bauwesen an, dessen Aufgabe darin zu bestehen hatte, den Mitgliedern die Beschaffung eines eigenen Heims zu ermöglichen. Die Genossenschaft gewährte solchen Mitgliedern, die ein Haus zu erwerben wünschten, Anleihen im Höchstbetrage von 90 Prozent der Kaufsumme, wofür in der ersten Zeit ein Zins von $6\frac{1}{4}\%$ zu entrichten war, der später jedoch auf 4% ermässigt wurde. Das vorgestreckte Kapital ist durch bescheidene monatliche Rückzahlungen innerhalb 20 Jahren zu amortisieren. Die Praxis zeigte, dass diese Abzahlungsfrist länger als nötig bemessen war, denn in 19 von 20 Fällen wurde die Anleihe in weit kürzerer Zeit getilgt. Bis zum Jahre 1909 hatten 5630 Mitglieder von der Einrichtung Gebrauch gemacht und ihrer 3182 bereits den vollen Betrag ihrer Anleihe zurück erstattet. Im ganzen wendete die Genossenschaft in Form von Darlehen für Wohnungszwecke nicht weniger als 35 Millionen Franken auf.

Der Verein hatte damit begonnen, fertige Kleinhäuser aufzukaufen. Dann ging er dazu über, in verschiedenen Aussenbezirken Grund und Boden zu erwerben und die Erstellung von Gebäuden selber an die Hand zu nehmen. Auf diese Weise konnte den individuellen Wünschen der Mitglieder bezüglich Lage und Einrichtung der Häuser besser entsprochen werden. Den Interessenten wurde es zudem freigestellt, entweder ein Haus käuflich zu übernehmen, oder es für einen Zeitraum bis zu 99 Jahren zu mieten. Die von der Genossenschaft erstellten Wohnhäuser variieren mannigfach in Typ und Anlage und stehen im angenehmen Kontrast zu der Monotonie der meist schablonenhaft und nur aus Gewinnrücksichten erstellten Arbeiterhäuser früherer Zeiten. Die Genossenschaft ist auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge ausschlaggebend geworden. Sie ist direkt oder indirekt Schöpferin eines sehr bedeutenden Teiles der in den letzten Jahren in Bolton entstandenen Kleinwohnungsbauten. Mit Recht ist dabei noch hervorzuheben, dass den 6000 Mitgliedern, die sich mit Hilfe ihrer Genossenschaft den Besitz eines eigenen Heimes sicherten, die Abtragung der übernommenen Schuld durch treue Uebung genossenschaftlicher Pflichten stark erleichtert wurde. Die durch Deckung

der Bedürfnisse im Konsumladen erzielten Rückvergütungen dienten natürlich in erster Linie zur Reduzierung der gewährten Anleihen. Es klingt ein wenig paradox und ist doch ganz zutreffend, wenn im Bericht, dem wir diese Angaben entnehmen, bemerkt wird, dass sich manche Genossenschaftsfamilien, namentlich solche mit vielen Mäulern, die alle durch die Genossenschaft gesättigt sein wollten, recht eigentlich in Haus und Heim hineinge—gessen haben!



Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Im Frühling dieses Jahres wurde die deutsche Reichsbank von der deutschen Regierung formell unabhängig gemacht. Gleichzeitig gab die deutsche Regierung den Alliierten das Versprechen, ihre Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen und die Notenpresse stillzustellen. Heute druckt dieselbe Regierung für sechs Milliarden Noten täglich. Es durchzuckte einen wie eine Unheilsahnung, als vor einigen Jahren zuerst aus Russland solche Summen gemeldet wurden. Auch für Deutschland können solche Zahlen nur der Zukunftsschatten eines noch grösseren Elends sein als heute. Denn jede neue Notenflut endet in einer neuen Teuerungswelle, jeder neue Tausendmarkschein vermehrt den Konsum ohne die Produktion zu vermehren, jede Million, die die Notenpresse verlässt, reissst neue Lücken in den deutschen Volkswohlstand. Und so schnell die Notenpresse auch arbeitet, sie kann die Entwertung der Mark durch das lawinengleich wachsende Misstrauen nicht einholen. Die 202 Milliarden deutscher Banknoten vom Ende Juli hatten bei einem Kurs von 0,75 noch 1500 Millionen Schweizerfranken Kaufkraft, den 374 Milliarden vom letzten Oktober ausweis wohnt bei einem Kurs von 0,12 nur noch 450 Millionen Franken Kaufkraft inne, und inzwischen ist der Kurs bereits auf 0,06 gesunken. Freilich müssen die neutralen Börsen auch die schlimmsten Möglichkeiten eskomptieren; brächte man die Notenpresse zum Stillstand, dann würde sich der Kurs der

geltlichkeitsprinzip: die Entlohnung bleibt grundsätzlich auf dem Prinzip der Leistung aufgebaut: jedem nach seinen Leistungen, nicht wie es bisher der Kommunismus predigt: jedem nach seinen Bedürfnissen. Dadurch wird die Begehrlichkeit hintangehalten und die wirtschaftliche Tüchtigkeit entwickelt, ohne die keine komplizierte Gesellschaft wie die unsrige bestehen kann.

b) Die Genossenschaft gestaltet ebenso die Wirtschaftsform um, die Prinzipien, auf denen die Wirtschaftsorganisation sich aufbaut. In ihr kommt der fruchtbare Gedanke zur Geltung, dass alle Planwirtschaft, d. h. grundsätzlich alle Wirtschaft, die dem Walten des Naturprozesses entzogen und irgendwie «geordnet», «normiert» ist — sich von dem Konsum her orientieren und gestalten muss.

Eine Ausschaltung der Unternehmerfunktion im Wirtschaftsleben — davon müssen wir ausgehen — ist nur dort und nur dann möglich, wo und wann der Bedarf stabilisiert ist. Jeder Versuch, eine nichtkapitalistische Wirtschaft in dem wilden Meere einer ewig sich verändernden Bedarfsgestaltung zu errichten (Produktivgenossenschaften bei freiem Markte!) ist notwendig zum Scheitern bestimmt. Von dieser Einsicht aus beginnt die Genossenschaft, wo sie neue Wirtschaftsformen schaffen, nicht nur alte reformieren soll, ihr Werk mit der künstlichen Stabilisierung des Bedarfs in den Konsumgenossenschaften und versucht von hier aus weiter zu bauen und sich Teilgebiete des kapitalistischen Marktes und der kapitalistischen Produktion zu erobern.

Bei allen ihren Bestrebungen aber erkennt sie

c) Die moderne Technik als die unvermeidliche Grundlage an, auf der sich der zukünftige Gesellschaftsbau, sofern er nicht vom Bauern- und Handwerkertum eingenommen wird, erheben muss.

Haben wir diese Grundideen der Genossenschaft richtig erfasst so wird es uns nun aber auch leicht, ihren reformatorischen Wert, ihren Kulturwert zu bestimmen.

Die Stärke der Genossenschaft als eines sozialen Umgestaltungsprinzips liegt, wie ich schon sagte, darin, dass sie die Reformen mit den kanaillesken Menschen von heute durchzuführen vermag. Sie braucht nicht darauf zu warten, bis ein neuer, edler Menschentyp, der Gemeinschaftsmensch, der Mensch, der der Idee lebt, als Massenerscheinung entstanden sei. Sie führt die Masse an der Hand der Interessen zu höheren, edleren Gesellschaftsformen hinan: das ist ein ganz und gar Marxscher Gedanke. Aber unmarxisch ist es, dass dieses Interesse der Feindeinstellung entbehrt, wie das Klasseninteresse, dass es zwar für den einen, aber nicht gegen den andern zu handeln treibt, dass es leben und leben lässt: kein Genossenschaftler hat ein «Interesse» irgend jemand auf dieser Welt zu schaden. Dadurch aber wird die Genossenschaft fähig, an dem Aufbau einer organisch gegliederten, auf gegenseitiger Hilfe beruhenden Volkswirtschaft mitzuwirken. Sie ist ihrer innersten Natur nach bestimmt, nicht auf eine eindeutige Lösung der volkswirtschaftlichen Probleme hinzudrängen, sondern Raum zu lassen für die mannigfaltigsten Formen des Wirtschaftslebens. Sie wird der glücklichsten Idee der Zukunft zum Leben verhelfen: das Wirtschaftsleben reich zu gestalten und doch

Mark auf die Dauer etwas heben. Aber der Kurs des Papiergeldes bleibt immer von dem Vertrauen auf die Stärke und die finanzielle Selbstbeherrschung der emittierenden Regierung abhängig und solches Vertrauen kann nicht von heute auf morgen erzwungen werden. Es kann nur in langen Jahren solider Finanzwirtschaft angesammelt werden wie ein mühsam gespartes Kapital. In Deutschland ist dieses moralische Kapital so gründlich aufgebraucht, dass man heute jede dauernde Markstabilisierung für aussichtslos halten muss.

Es geht bei den übrigen kontinentalen Kriegsländern nicht anders. Nur England hat seine Währung leidlich gesund erhalten, drückende Steuern herabsetzen, die Postgebühren ermässigen können. Die reichen Engländer haben während des Krieges tiefer in die Taschen gegriffen als die millionenschweren Patrioten auf dem Kontinent und das englische Steuersystem macht den Steuerzahler empfindlicher gegen die Verschleuderung öffentlicher Gelder. Es erhebt die wichtigsten Steuerarten nach dem Bedarf der Gemeinden und des Staates und der Steuerzahler merkt daher alljährlich an seinem Steuerzettel, ob sparsam mit seinem Geld gewirtschaftet wird oder nicht. Eine unkluge Steuerpolitik rächt sich daher sehr bald und die immer wiederkehrenden Wahniederlagen der Arbeiterpartei hingen regelmässig mit ihrem finanziellen Dilettantismus zusammen.

Man hätte es in ganz Europa bitter nötig, vom englischen Beispiel zu lernen. Es sind in der letzten Woche einige Zahlen durch die Zeitungen gegangen, die der gewöhnliche Zeitungsleser kaum beachtet und die doch blitzartig in den Abgrund hineinleuchten, dem Europa entgegentreibt. In Frankreich berechnet der Finanzberichterstatter des Senats die Verbindlichkeiten des Staates auf 475 Milliarden Franken. Wenn die deutschen Reparationen und alle Leistungen anderer Schuldner voll eingehen, dann vermindern sie sich um 139 Milliarden. Es bleiben dem französischen Volke dann noch 336 Milliarden Franken Schulden oder mehr als dreissigtausend Franken für jede französische Familie. Und diese Schuld wächst unaufhörlich. Das Defizit für 1923 kalkuliert derselbe Berichterstatter auf 17 Milliarden Franken, in Gold umgerechnet immer noch mehr als die ganze Kriegsentschädigung Frankreichs an

Deutschland nach 1870/71. Vor dem Kriege hätte ein solches Defizit jedes Land aus der Liste der Grossmächte gestrichen. In Oesterreich hat sich der Notenumlauf von 786 Milliarden Ende Juli auf 2900 Milliarden Ende Oktober vermehrt. Das bedeutet, dass der ärmste unserer Nachbarn in den letzten drei Monaten 150 Millionen Schweizerfranken in die Luft geblasen hat. In Polen, das auch nicht viel reicher ist als Oesterreich, wird das Staatsdefizit für 1922 von vorsichtigen Zeitungen auf 500 Milliarden polnische Mark veranschlagt. Zum jährlichen Mittelkurs von zehn Rappen für 100 Polenmark ein Fehlbetrag von 500 Millionen Schweizerfranken.

Das kommunistische Russland marschiert in der Auspowerung des Volkes durch die Notenpresse allen kapitalistischen Staaten mit Siebenmeilenstiefeln voran. Die unabsehbare Notenflut hat die Million in Russland bereits zu der gebräuchlichsten Wert Einheit gemacht, wofür man sich vor einigen Monaten noch einen Bleistift kaufen oder im Restaurant eine Tasse Kaffee trinken konnte. Das immer mehr verwässerte Papiergeld hat die russische Volkswirtschaft so gründlich ausgelaugt, dass die Kaufkraft des gesamten Papiergeldes im Lande bereits auf 150 Millionen Goldrubel gesunken ist, während sie vor dem Kriege 2500 Millionen Goldrubel betrug. Die in diesen Zahlen sichtbar werdende Verarmung lässt offenbar die Hilfsquellen der Regierung versiegen und sie will heute eine neue Währung nach bürgerlichem Muster auf Metall begründen. Mit dem armseligen Goldschatz von 20 Millionen Rubeln hofft ihr unverwundlicher Optimismus den Rubel zu stabilisieren, was der kaiserlichen Notenbank mit tausend Millionen nicht immer glücken wollte.

Doch wir haben kein Recht, die Bolschewisten zu schelten, sind wir doch selbst in unserer soliden Schweiz im gleichen Spittel krank. Unsere Staatswirtschaft verzeichnet alljährlich Defizite, die einen Finanzpolitiker der alten Schule zur Verzweiflung gebracht hätten und unsere Bundesbahnen zahlen die Zinsen ihrer Schulden aus neuen Schulden. In der vagen Hoffnung auf bessere Zeiten werden Schulden auf Schulden gehäuft, während der Tausendmarkschein unter den Wert eines Franken sinkt und die Kaufkraft unserer Nachbarn dahinschmilzt wie Schnee an der Sonne.

zu einer inneren Einheit verwachsen zu lassen. In der Zukunftswirtschaft wird es kein entweder-oder verschiedener Wirtschaftssysteme, sondern ein sowohl als auch geben. Eigenwirtschaft, Handwerk, Kapitalismus, Kollektivismus werden nebeneinander bestehen: jedes an seinem Platz und jedes seinem Wesen gemäss am Werke. Und gleichsam den Kitt zwischen allen diesen Bestandteilen wird die Genossenschaft bilden. Sie wird das Handwerk kräftigen, sie wird dem Kapitalismus Schranken setzen, sie wird die Gemeinwirtschaften vor bureaukratischer Verknöcherung bewahren helfen. Ihrer innersten Idee entspricht es, dass das Wirtschaftsleben buntgestaltet ist, sie heisst alle anderen Wirtschaftsformen neben sich, sie tritt überall ergänzend, stützend, helfend, verbessernd neben diese, weil sie ihrem Wesen nach keine absolutistische Lösung der Wirtschaftsprobleme geben kann und will. Darin beruht ihre Grösse als sozialreformatorisches Prinzip.

Aber darüber hinaus wird es niemand verwehrt sein, der Genossenschaft auch eine Bedeutung für die Veredlung der Menschennatur, oder wenigstens deren Disziplinierung zuzuerkennen. Durch die Ausmerzungen vieler Untugenden, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem ihre Nahrung fanden, durch den positiven Charakter der Interessen, deren Betätigung sie fordert, kann sie sehr wohl den Boden abgeben für eine mögliche Entfaltung und Auswirkung von Gemeinschaftstugenden. Auf ihrem Hintergrunde haben Bruderliebe, Vaterlandsliebe, Gottesliebe es leichter, sich zu entwickeln als auf dem Hintergrunde des die Gemeinheit auf allen Gebieten fördernden Kapitalismus. Das ist die Hoffnung, das ist der Traum, das ist der

Glaube der Ethiker und der Religiösen unter den Genossenschaftlern. So konnten Männer wie Ludlow und Neale auf den Gedanken kommen, dass Christentum und Genossenschaft gleiche Begriffe seien. Und es liegt kein Grund vor, der diesen Glauben als Wahnglauben zwingend erweise. Auch wer nicht Milieugläubiger ist, wird doch nicht bestreiten können, dass bestimmte Umweltsformen sich mehr eignen als andere, bestimmte Seiten des menschlichen Wesens zur Entwicklung zu bringen. Ob es aber gelingen wird, dieses zu tun — das eben hängt von jedermanns Glauben ab und wie er des Menschen Natur einschätzt.

Nunmehr, nach diesem Ueberblick, werden wir nicht mehr über die Reichhaltigkeit der Anthologie erstaunen. Wir werden sie begreiflich finden und aus der Reichheit des Genossenschaftsproblems zu erklären verstehen. Auch die scheinbaren Widersprüche zwischen den Anschauungen der verschiedenen Autoren werden wir leicht auflösen können. Wir wissen jetzt, dass der recht hat, der in der Genossenschaft nur kleine praktische Reformarbeit erblickt; aber auch der, der in ihr die Möglichkeiten wahrnimmt zu umfassender Gesellschaftsrenewierung; und endlich auch der, der in ihr den Boden für eine neue Ethik und eine neue Religiosität glaubt entdeckt zu haben. Kaum einen zweiten Problemkomplex gibt es in der sozialen Welt, der so wie die Genossenschaftsidee die vollendete Realistik mit einer unerhörten Fülle von Idealität verbindet. Kaum eine zweite Idee, die so voll ist wie diese von Samenkörnern, aus denen die Saat der Zukunft erwachsen kann.

Es wäre kurzsichtig, für diese universale Verschwendungssucht nur die Regierungen verantwortlich zu machen. Ihr letzter Grund liegt darin, dass bei allen Völkern die alte Sparsamkeit und Einfachheit geschwunden ist, dass der Handel in den Jahren des wachsenden Reichtums Reich und Arm unnötige Luxusbedürfnisse anerzogen hat, dass er die Reklame zu einer Kunst ausgebildet hat, deren hauptsächlichster Zweck ist, die Menschen zum Geldausgeben zu verlocken. Der Mann, der seine Zigaretten rauchen muss, bevor ein Rappen verdient ist; die Frau, die jede neue Modetorheit zu unnützen Ausgaben verleitet, sind die wahren Urheber der Staatsdefizite. Bevor es in der Wirtschaft der Staatsbürger nicht besser wird, kann es auch in der Wirtschaft des Staates nicht besser werden.

Kreiskonferenzen

Kreis VIII. Wir machen auch an dieser Stelle auf den im Laufe dieser Woche den Vereinen unseres Kreises zugestellten Fragebogen betr. «Tätigkeit der Genossenschafterinnen in den Konsumvereinen» aufmerksam und ersuchen die Verwaltungen um beförderlichste Beantwortung. Gleichzeitig empfehlen wir den Vereinsbehörden die im «Bulletin» No. 261 und im «Schweiz. Konsumverein» vom 18. November publizierten Beschlüsse betr. «Richtlinien zur weiteren Entwicklung der Genossenschaftsbewegung» einem näheren Studium.

Der Kreisvorstand.

Bewegung des Auslandes

Deutschland.

Genossenschaften und Staatskredit. Die «Konsumgenossenschaftliche Rundschau» weist die im «Schweiz. Konsumverein» (No. 44) erschienenen Ausführungen von Frau Emmy Freundlich — Bejahung der Staatshilfe für die Konsumgenossenschaften — mit aller Entschiedenheit zurück. Unter zustimmender Bezugnahme auf den Standpunkt, den der Wiener «Freie Genossenschafter» vertritt (wir haben ihn in der letzten Nummer zur Kenntnis unserer Leser gebracht) wird in der «Konsumg. Rundschau» erklärt:

«Die deutschen Genossenschaften wollen in ihrer überwältigenden Mehrheit nichts von solcher Korruption wissen, lehnen jede Verfälschung des Wesens der Genossenschaft ab und bedanken sich dafür, auf fremden Krücken zu humpeln zum Gespötte der Mitwelt. Selbsthilfe ist uns zugleich Selbstbewusstsein — wir wissen, dass, wenn das eine versagt, auch das andere flöten geht. Deshalb Hände weg von der Selbsthilfe!»

Grossbritannien.

Ein Herzog als Gönner und Protektor der Genossenschaftsbewegung. Die Grosseinkaufsgenossenschaft englischer Konsumvereine hat in Oxford eine Ausstellung ihrer Produkte organisiert, die Mitte Oktober eröffnet wurde. Offizieller Sprecher des Er-

öffnungskomitees war bei dieser Gelegenheit der Herzog von Malborough, dessen Ahnen zu den grossen Strategen und Feldherren der britischen Nation gehörten. Der Herzog pries das bahnbrechende Werk der Pioniere und beglückwünschte die Genossenschafter der gegenwärtigen Generation, deren Aufgabe es sei, auf der geschaffenen Grundlage weiter zu bauen. Obgleich die Ausführungen des Sprechers in einigen sekundären Punkten der Genauigkeit ermangelten und dem Berichterstatter der «Co-operative News» nachträglich zu einigen Randbemerkungen Veranlassung gaben, wurden sie doch mit grossem Interesse entgegengenommen. Der Herzog machte u. a. das bezeichnende Geständnis, dass er anlässlich eines früheren Einstehens für die genossenschaftliche Sache von den Privathändlern seines Wohnbezirkes aufs Korn genommen und bei einem gemeinschaftlichen Diner dieser Herren attackiert wurde. Die Landkrämer, bemerkte er im Laufe seiner Ansprache, liessen sich ihre Ware noch um 5 bis 10 Prozent mehr bezahlen als die städtischen Händler, weshalb namentlich auf dem Lande die Ausbreitung des Genossenschaftswesens, als eines wirklichen Konkurrenzfaktors nur zu wünschen wäre. Die Genossenschaftspresse weiss dem Herzog Dank dafür, dass er es, gesellschaftlichen Vorurteilen zum Trotz, wagte, sich so offen zum Genossenschaftswesen zu bekennen.

Verbandsnachrichten

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 17. November 1922.

1. Einer Statutenrevision des Konsumvereins Wetzikon wird zugestimmt.

2. Als Mitglied des V. S. K. wird aufgenommen: **Allg. Konsumverein Stäfa**, gegründet am 18. März 1922, ins Handelsregister eingetragen am 12. Oktober 1922, derzeitige Mitgliederzahl 300, Zuteilung zu Kreis VII.

3. Im Hinblick auf die bevorstehende **Revision des eidgenössischen Beamtengesetzes** und in Anbetracht der hie und da auftretenden Schwierigkeiten, die von untergeordneten Amtsstellen den in der Leitung von Konsumvereinen tätigen eidgenössischen Beamten und Angestellten gemacht werden, hielt die Verwaltungskommission es für richtig, den schweizerischen Bundesrat auf die in den Jahren 1901 und 1910 gefassten Beschlüsse aufmerksam zu machen, in denen der Bundesrat seinen Standpunkt bezüglich **Beteiligung der Bundesbeamten an der Verwaltung und Leitung von Konsumgenossenschaften** dahin festlegte, dass das Verbot der Uebernahme von Verwaltungsstellen bei Konsumgenossenschaften sich nur auf solche Genossenschaften beziehe, die den Charakter einer Erwerbsgesellschaft haben, d. h. auf einen förmlichen Gewinn ausgehen, dadurch, dass sie den Kreis ihrer Operationen über die Mitglieder des Verbandes oder der Genossenschaft ausdehnen, nicht aber auf Konsumvereine und genossenschaftliche Verbände, deren Organisation nur die wirklichen Vereins- oder Verbandsmitglieder umfasst und deren genossenschaftliche Bestrebungen nur diesen Verbandsmitgliedern zu gute kommen sollen.

Die Behörden des V. S. K. haben seinerzeit diese Regelung der Angelegenheit anerkannt und die Ver-

waltungskommission beschloss deshalb, dem Bundesrate zu empfehlen, den oben erwähnten Standpunkt auch in das neue revidierte eidgenössische Beamtengesetz hinüberzunehmen, damit auch inskünftig über diese für die Konsumvereine wichtige Frage klare und unzweideutige Richtlinien vorhanden seien.

4. Auf eine weitere Notiz im «Basler Vorwärts» betreffend **eventueller Verlängerung der Arbeitszeit in der Schuhfabrik** wurde diesem Blatte eine Einsendung folgenden Inhaltes zur Publikation überwiesen:

«In Nr. 269 des «Basler Vorwärts» vom 16. November 1922 wurde die Richtigstellung der Verwaltungskommission des Verbandes schweiz. Konsumvereine bezüglich allfälliger Verlängerung der Arbeitszeit in der Schuhfabrik publiziert, jedoch unter Beifügung einer weiteren Äusserung des Verfassers des ersten Artikels.

Wir möchten keineswegs dieser Angelegenheit wegen, die infolge des Beschlusses der stattgefundenen Personalversammlung nun ohnehin hinfällig geworden ist, eine längere Zeitungs-polemik heraufbeschwören, können jedoch nicht unterlassen, verschiedenen weiteren Unrichtigkeiten Ihres Berichterstatters, der allem Anscheine nach mit den Verhältnissen in unserem Verbands und der Schuhfabrik persönlich nicht ganz vertraut ist und nur auf Mitteilungen von Drittpersonen abstellen muss, entgegenzutreten.

Vorerst müssen wir feststellen, dass zu der erwähnten Personalversammlung der Schuhfabrik des V. S. K. weder die Verwaltungskommission noch die Betriebsleitung der Schuhfabrik eingeladen worden war und dass wir deshalb nicht darüber entscheiden können, ob das Personal in allen Teilen richtig über die zwischen der Betriebsleitung der Schuhfabrik und der Vertretung des Personals stattgefundenen Besprechungen orientiert worden ist. Auf alle Fälle steht fest, dass die Betriebsleitung die Personalvertretung nicht im unklaren darüber gelassen hat, dass die allfällige zu leistenden 4 Ueberstunden selbstverständlich bezahlt werden und dass dadurch den einzelnen Arbeitern ein Mehreinkommen entstehe. Äusserungen aus der Arbeiterschaft selbst geben uns die Gewissheit, dass von den Arbeitern die Sache auch so aufgefasst worden ist. Die Bemerkung, dass das Ansuchen um verlängerte Arbeitszeit für das Schuhfabrikpersonal indirekt geradezu einen Lohnabbau bedeutet hätte, müssen wir deshalb auf ganz unrichtige Orientierung Ihres Berichterstatters zurückführen.

Auch die Behauptung, dass sich die Personalversammlung noch zu gut des Entzuges von Fr. 400.— Teuerungszulage erinnere, bezeugt, dass Ihr Gewährsmann mit den Verhältnissen nicht bekannt ist. In der seinerzeit aufgestellten Dienst- und Gehaltsordnung und dem Gesamtarbeitsverträge für das in den Bureaux- und Lagerhausbetrieben des V. S. K. beschäftigte Personal war vorgesehen, eventuell eine jährliche Extrazulage von Fr. 400.— auszurichten, sofern die Verhältnisse des V. S. K. es gestatten. Es handelte sich dabei nicht um eine Teuerungszulage, sondern um eine Art Beteiligung am Betriebsüberschusse. Diese nur bedingt in Aussicht genommene Extrazulage musste seit Anfang des Jahres 1922 dahinfallen, weil die Betriebsergebnisse des Verbandes deren Ausrichtung nicht mehr zuließen. Wäre dieser Grundsatz streng genommen auf den Betrieb der Schuhfabrik von jeher angewandt worden, so wäre die Arbeiterschaft der Schuhfabrik dieser Extrazulage überhaupt nie teilhaftig geworden, da die Betriebsergebnisse der Schuhfabrik allein deren Ausrichtung nicht rechtfertigten. Gleichwohl wurde dem Personal der Schuhfabrik diese Extrazulage ausgerichtet, solange die Ergebnisse der übrigen Betriebe des Verbandes es gestatteten, und zwar unberücksichtigt dessen, dass die in unserer Schuhfabrik bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen diejenigen privater Schuhfabriken sowieso schon erheblich übertreffen.

In unserer Organisation steht jedem Arbeiter und der Gewerkschaft das Recht zu, Vorschläge bezüglich rationeller Betriebsweise zu unterbreiten. Alle Anregungen werden geprüft; dagegen kann nicht zum vorneherein erklärt werden, dass die Vorschläge ohne weiteres Berücksichtigung finden können.

Wir können und wollen es dem Personal nicht verkennen, wenn es grundsätzlich an der 48 Stundenwoche festhalten will, insbesondere deshalb, um arbeitslosen Lederarbeitern Beschäftigung zu verschaffen. Es lag nun aber keineswegs in der Absicht des V. S. K., die 48 Stundenwoche aufzuheben, sondern in der ganzen Sache handelte es sich lediglich darum, vorübergehend, bis zur Erledigung der der Ausführung harrenden Aufträge, 4 Stunden pro Woche gegen entsprechende Mehrbezahlung länger zu arbeiten.

Allgemein darf wohl darauf hingewiesen werden, dass die privaten Schuhfabriken von der 48 Stundenwoche schon längst abgekommen sind, ohne dass dieselben die gleichen Lohn- und sonstigen günstigen Arbeitsbedingungen wie der V. S. K. aufzuweisen hätten. Dies bewirkt natürlich, dass sich die Herstellungsbedingungen der privaten Fabriken günstiger stellen und die Konkurrenz gegenüber dem Eigenfabrikat des V. S. K. stärker wird.

Die Einstellung von neuem Personal geht aus dem Grunde nicht an, weil es sich im vorliegenden Falle nur um eine vorübergehende Arbeitsüberhäufung handelt. Sind die dringenden Aufträge erledigt, was innert einigen Wochen der Fall hätte sein können, so hätten wir über zu viel Personal verfügt, da die neu eingestellten Personen aus rein menschlichen Gründen nicht mehr gut hätten auf die Strasse gestellt werden können; während aber eine rationelle Betriebsweise doch nur die Beschäftigung des absolut nötigen Personals verlangt.

Die Art und Weise der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserer Schuhfabrik und deren objektiver Vergleich mit andern Fabriken sollte unseres Erachtens Ihrem Berichterstatter beweisen, dass die Behörden des V. S. K. sehr wohl Verständnis haben für die Existenzbedürfnisse des Personals der Schuhfabrik. Wir verweisen nur auf die sehr schwierigen Verhältnisse auf dem Schuhwarenmarkt vor ca. zwei Jahren, wo unsere Fabrik, trotz Absatzstockung und erheblichem Betriebsdefizit, das gesamte Personal bei vollem Lohn weiter beschäftigte, während verschiedene Privatfabriken ihre Arbeiter vorübergehend vor die Türe setzten, um sie nachher zu reduzierten Löhnen und nur in beschränkter Zahl wieder anzustellen. Wir glauben deshalb auch nicht, dass innerlich ein Misstrauen der Schuhfabrikarbeiter gegenüber der Leitung des V. S. K. vorhanden sei, trifft solches gleichwohl zu, so ist der Säemann, d. h. die Ursache, keineswegs bei der Behörde des Verbandes zu suchen.

Nachdem ein Drittel des in der Schuhfabrik beschäftigten Personals die vorübergehende Leistung von Ueberzeitarbeit abgelehnt hat, will die Verwaltungskommission auf Durchführung ihres Wunsches nicht beharren, dagegen müssen wir nochmals feststellen, dass doch diese allzu dogmatische und nur einseitig auf die Betriebe des Verbandes erfolgte Anwendung eines Grundsatzes nicht dazu angetan sein kann, die genossenschaftliche Eigenproduktion zu fördern, entgegen dem Interesse der Konsumentenschaft im allgemeinen und entgegen dem Interesse der Personen, die in den genossenschaftlichen Produktivbetrieben beschäftigt werden oder beschäftigt werden könnten, im besondern.»

Aus unserer Bewegung

Grabs. (Korr.) Die am 4. November abgehaltene Generalversammlung war nur von 114 Mitgliedern besucht. Die Jahresrechnung pro 1921/22 sowie die Anträge des Verwaltungsrates und der Rechnungskommission wurden mit grosser Mehrheit genehmigt. Die Genossenschaft verzeichnet heute einen Mitgliederbestand von 952 gegenüber 938 im Vorjahre. Der Umsatz ist von Fr. 768,440.— im Vorjahre auf Fr. 647,110.— im Rechnungsjahr zurückgegangen, was aber ausschliesslich auf die Reduktion der Warenpreise zurückzuführen ist. Trotzdem im abgelaufenen Rechnungsjahr auf verschiedene Artikel grössere Abschriebe gemacht werden mussten, gestaltete sich der Abschluss dennoch sehr günstig, indem auch dieses Jahr wieder eine Rückvergütung auf die eingeschriebenen Warenbezüge (Fr. 444,341.87) von 10 % gemacht werden kann. Dem Reservefonds werden Fr. 4000.—, dem Baufonds Fr. 3000.—, dem Dispositionsfonds Fr. 3000.—, der Krisenkasse Grabs Franken 500.— zugewiesen.

Durch den auch im abgelaufenen Rechnungsjahr andauernd hohen Brotkonsum ist auch die Rendite der Bäckerei eine sehr günstige, ist doch in dem bereits erwähnten Ueberschuss die Bäckerei mit einem solchen von Fr. 29,425.59 enthalten, ein Beweis, dass eine gute Ausnutzung dieser Einrichtung dem gesamten Betriebe in wohlthuender Weise zugute kommt.


Das Warenlager steht beim Rechnungsabschluss mit Fr. 30,749.37 zu Buch und ist um rund Fr. 8000.— niedriger als im Vorjahre. Die verschiedenen Reserven belaufen sich nach Zuweisung der von der Generalversammlung beschlossenen Beträge auf folgende Summen: Reservefonds (Betriebsfonds) Fr. 73,181.—, Baufonds Fr. 20,000.—, Dispositionsfonds Franken 9120.—. Diese Reserven bilden die Grundlage für ein richtiges Gedeihen der Genossenschaft, immerhin müssen auch die Mitglieder treu zu ihrem Geschäfte stehen und so Hand in Hand für das Wohl der Genossenschaft besorgt sein.



Schokoladen

**sind von vorzüglicher
Qualität und preiswert**

Genossenschafter, berücksichtigt die Eigenmarke!

III. Departement des V. S. K.  Warenvermittlung

Röstkaffee ist ein Vertrauensartikel

Darum legt der V. S. K. grossen Wert darauf, nur sorgfältig zusammengestellte Mischungen zu liefern. Der grosse Bedarf ermöglicht einen rationellen Einkauf; die Rösterei und Abpackerei sind mit den leistungsfähigsten Maschinen ausgerüstet, sodass auch alle Voraussetzungen für die Lieferung einer preiswerten Ware geboten sind.

**Die Hausfrauen tun daher gut, wenn sie den
in den Eigenbetrieben des V. S. K. hergestellten
Röstkaffee vorziehen.**

BUCHDRUCKEREI V. S. K.

Wir empfehlen uns bestens zur Anfertigung von

Drucksachen

..... jeder Art

wie: Organische Reglemente für Kommissionen
:: Besoldungs-Regulative, Lieferanten-Verträge ::
Illustrierte Prospekte und Festschriften

Einkaufsbüchlein / Depositen-
Büchlein / Anteil-Guthaben-
Büchlein / Anteil-Scheine und
Obligationen / Statuten etc.

Jahres-Berichte, Mitgliederkarten, Ein-
ladungskarten, Inventurbögen, Brief-
bogen, Kuverts, Bestellscheinhefte für
Warenlokale, Memoranden, Quittungs-
Formulare, Kataloge, Registrierkarten



Muster stehen gerne zur Verfügung / Prompte und saubere Ausführung

BUCHDRUCKEREI V. S. K.